

Journal

© Tierney – stock.adobe.com

Mehr Beschäftigte im Gesundheitsbereich

Trotz einer zwischenzeitlichen Flaute bleibt der Gesundheitssektor ein Jobmotor. 2024 nahm die Beschäftigung im Gesundheitswesen erstmals seit dem Pandemiejahr 2021 wieder deutlich zu. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arbeiteten dort zum Ende des Berichtsjahres deutschlandweit 6,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbstständige, davon 4,6 Millionen Frauen. Gegenüber dem Jahr 2023 nahm die Zahl der Beschäftigten um 1,7 Prozent zu.

Einen Personalzuwachs gab es sowohl in stationären als auch in ambulanten Einrichtungen. In Kliniken und Pflegeheimen stieg die Zahl der Beschäftigten um 3,0 Prozent auf etwas mehr als 2,2 Millionen, in ärztlichen und therapeutischen Praxen, ambulanten Pflegediensten und Apotheken um 1,3 Prozent auf rund 2,5 Millionen. Die übrigen Arbeitsplätze entfallen auf Pharma-, Medtech- und Vorleistungsindustrie, Verwaltung und Großhandel. Für Zahnarztpraxen weist Destatis zum Ende des Jahres 2024 ein Beschäftigungsplus von 1,0 Prozent aus.

tas/Quelle: Destatis

Wissenschaftsrat plädiert für Kurswechsel

Wie kann das deutsche Gesundheitssystem entlastet und zugleich verbessert werden? Der Wissenschaftsrat fordert in einem Positionspapier einen klaren Kurswechsel – hin zu mehr Prävention. „Deutschlands Gesundheitssystem braucht einen Kulturwandel. Wir müssen Gesundheit und nicht Krankheit in den Mittelpunkt und damit Prävention über Reparatur stellen. Man weiß, was zu tun ist; man muss es nur endlich auch tun“, betont der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Wolfgang Wick.

In seinem Positionspapier „Für Prävention und Gesundheitsförderung handeln in Wissenschaft, Versorgung und Gesellschaft“ fordert der Wissenschaftsrat ein entschlossenes Handeln der Politik, die Vernetzung von Expertise verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, einen effektiven Wissenstransfer, starke öffentliche Gesundheitsstrukturen sowie eine präventiv und interprofessionell wie interdisziplinär ausgerichtete Versorgung. Auch brauche es eine verbindliche Verpflichtung in sämtlichen sektoralen Teilsystemen, die einen wesentlichen Einfluss auf Gesundheit haben – vom Agrar- und Ernährungs- bis hin zum Verkehrs- und Mobilitätssektor.

Für eine wirksame Präventionsforschung seien interdisziplinäre Strukturen nötig – etwa Präventionszentren an Hochschulen, die Medizin, Gesundheitswissenschaften, Psychologie, Sozial- und Umweltwissenschaften verbinden. Diese Zentren sollten außerdem Schnittstellen zwischen Forschung, Politik, Versorgung und Öffentlichkeit schaffen. Dringend gebraucht werde mehr Forschung, wie Präventionsmaßnahmen im Alltag umgesetzt werden können. Auch die Ausbildung in Medizin und Gesundheitsberufen sollte stärker präventionsorientierte Denkweisen vermitteln. Prävention müsse als Schwerpunkt auch in Studium, Lehre sowie Aus- und Weiterbildung von medizinischen und medizinnahen Berufen gestärkt werden, so der Wissenschaftsrat. Das vollständige Positionspapier können Sie im Internet herunterladen:

www.wissenschaftsrat.de/download/2026/3003-26.pdf

tas/Quelle: Wissenschaftsrat



Bundesregierung startet Bürokratiemeldeportal

Zum Bürokratieabbau beitragen soll das neue „EinfachMachenPortal“ der Bundesregierung. Wie das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung mitteilt, bietet es direkte Mitwirkungsmöglichkeiten rund um das Thema Bürokratierückbau. Das Angebot richtet sich an Bürger, Unternehmer, Selbstständige sowie Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. In dem Onlineportal können sie schildern, welche Abläufe, Formulare oder digitalen Angebote aus ihrer Sicht unnötig komplex, unverständlich, umständlich oder bereits vorhanden sind. Zur Klärung von Einzelfällen sei es allerdings nicht gedacht, so das Digitalministerium.

Unter folgendem Link kommen Sie direkt zu dem neuen Onlineportal:

<https://einfach-machen.gov.de>

tas/Quelle: BMDS

